

Antrag

der Abgeordneten Mag.^a Silvia Moser, Dr.ⁱⁿ Helga Krismer-Huber, Mag. Georg Ecker, Dominic Hörlezeder

betreffend **Sichere Versorgung Notarztstützpunkte NÖ**

Im Zuge der Umsetzung des im März des Jahres ohne die Stimmen der Grünen beschlossenen Gesundheitsplans 2040 sind die Kürzungen bei den Notfallstützpunkten ein zentraler Bestandteil. Dabei werden die bisher 32 auf ganz Niederösterreich verteilten NEF-Stützpunkte auf 21 Standorte reduziert, was in den betroffenen Regionen und bei medizinischen Fachpersonal zu erheblichem Widerstand führt.

11 Standorte- Aspang, Groß Enzersdorf, Groß Gerungs, Hainburg, Klosterneuburg, Pöggstall, Purkersdorf, Raabs/Thaya, Retz, Waidhofen/Ybbs, Ybbs Persenbeug- werden geschlossen oder in RTW-C-Stützpunkte mit Notfallsanitäter:innen umgewandelt. Personalmangel durch Pensionierungen und weniger nachkommende Notärzt:innen sind laut Landesregierung die Ursache für die Umstrukturierungen.

Die künftig fehlenden Notarztstützpunkte sollen durch ein Netz an alternativen Versorgungssystemen ersetzt werden wie Notfallsanitäter:innen mit höheren Qualifizierungen, wohnortnahe First-Responder-Teams, die in lebensbedrohlichen Notfallsituationen verständigt werden, die Ausweitung des Rettungshubschraubersystems, Einsatz von Telemedizin usw.

Dennoch bleibt die Sorge in den betroffenen Regionen, dass die Streichung der Notarztstützpunkte zu einer Verschlechterung in der Akutversorgung führt. Bei medizinischen Notfällen wie Schlaganfällen, Herzinfarkten oder schweren Verkehrsunfällen zählt jede Minute, sodass längere Anfahrtswege eine deutliche Verschlechterung bedeuten.

Natürlich soll auch ein Rettungssystem, genauso wie das Gesundheitssystem zweckmäßig, leistungsfähig und trotzdem wirtschaftlich organisiert sein. Dabei können auch Umstrukturierungen notwendig werden, allerdings muss die Gesundheit und Sicherheit der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher an oberster Stelle stehen. Da beispielsweise das System der hochqualifizierten Notfallsanitäter:innen aufgrund der derzeitigen Ausbildungslage noch nicht einsatzbereit ist, dürfen keinesfalls Schließungen stattfinden, bevor alle alternativen Versorgungsvarianten einsatzfähig sind und auch erprobt wurden. Was die Menschen jedenfalls brauchen, ist Sicherheit und Transparenz betreffend Entscheidungsgrundlagen und Vorgehen in dieser Angelegenheit.

Daher stellen die gefertigten Abgeordneten folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert,

1. „Die Entscheidungsgrundlagen für die Schließung der o.g. Notarztstützpunkte transparent zu machen und der Öffentlichkeit bekannt zu geben,
2. transparent zu machen und der Öffentlichkeit mitzuteilen, wie die ausreichende und fachlich angemessene Notfallversorgung an den o.g. von der Schließung betroffenen Notarztstützpunkten zu jedem Zeitpunkt sichergestellt wird und
3. das vorgelegte Konzept der Schließung der o.g. Notarztstützpunkten aufgrund berechtigter Einwände betroffener Institutionen und der Bevölkerung nochmals zu überarbeiten.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem GESUNDHEITS-AUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.